



Baden-Württemberg

INNENMINISTERIUM

Innenministerium Baden-Württemberg • Pf. 10 24 43 • 70020 Stuttgart

Datum 22.03.2012


Name Seibold

Durchwahl 0711 231-3454

Aktenzeichen 4-13+-.-KOS/2-1

(Bitte bei Antwort angeben)

Herrn
Andreas Foitzik
Hinterweilerstr. 51
72810 Gomaringen

 Bitte um Gesprächstermin
Ihre E-Mail vom 23. Februar 2012

Sehr geehrter Herr Foitzik,

im Auftrag von Herrn Innenminister Reinhold Gall MdL bedanken wir uns für Ihre E-Mail vom 23. Februar 2012, mit der Sie ein gemeinsames Gespräch zum Thema „Abschiebung von Roma in den Kosovo“ anregen.

Zu Ihrem Anliegen können wir Ihnen Folgendes mitteilen:

Bereits vor der derzeit auf Bitten des Petitionsausschusses des Landtags von Baden-Württemberg vorübergehend ausgesetzten Durchsetzung der vollziehbaren Ausreisepflicht von Minderheitenangehörigen in die Republik Kosovo wurde bei Rückführungen mit Augenmaß vorgegangen. So wird schon bei der Stellung von Rückübernahmeersuchen auf ein angemessenes Verhältnis der verschiedenen ethnischen Zugehörigkeiten geachtet und überdies dafür Sorge getragen, dass sich die Rückführungen von Minderheitenangehörigen geographisch auf die in Frage kommenden Gebiete im Kosovo verteilen, um nicht einzelne der dortigen Kommunen bezüglich ihrer Reintegrationsmöglichkeiten zu überfordern.

Baden-Württemberg unterstützt auch die in die Republik Kosovo zurückkehrenden Personen, insbesondere über das Rückkehrprojekt URA 2. Es ist vor allem auf die

Wiedereingliederung und Überwindung erster Eingliederungsschwierigkeiten freiwillig oder zwangsweise zurückkehrender Minderheitenangehöriger ausgerichtet. Schwerpunktmäßig werden im Rückkehrzentrum Pristina umfangreiche Beratungs-, Betreuungs-, und Unterstützungsmaßnahmen angeboten. Je nach den individuellen Bedürfnissen werden auch finanzielle Zuschüsse (z.B. für Lebensmittel, Medikamente, Miete, Erstausrüstung der Wohnung) gewährt. Außerdem erfolgt eine erste professionelle psychologische Betreuung und Beratung. Teilweise werden die Kosten für notwendige Sprachkurse für Erwachsene und Kinder übernommen. Seit 2011 ist ferner eine Grundausstattung für den Schulbesuch vorgesehen. Das Projekt ist sehr erfolgreich, was sich nicht zuletzt an der großen Nachfrage ablesen lässt.

Der Landesregierung ist es zudem ein wichtiges Anliegen, dass Ausländern, die schon lange bei uns leben und die sich sozial und wirtschaftlich integriert haben, die Chance auf einen Aufenthaltstitel eingeräumt und ihnen damit eine verlässliche Perspektive geboten wird. Wir werden die diesbezüglichen weiteren Entwicklungen auf Bundesebene daher konstruktiv begleiten und weiterhin für eine neue gesetzliche und an humanitären Gründen ausgerichtete Bleiberechtsregelung eintreten.

Ihr Anliegen und Ihre Argumente sind uns von der Landespressekonferenz am 3. Februar bekannt.

Wir bitten Sie daher um Verständnis, dass wir für ein gemeinsames Gespräch über die Rückführung von Roma in die Republik Kosovo derzeit aus den dargelegten Gründen nicht für zielführend halten.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Lehr